

Nach Gutsherrenart

Zu den gravierenden Veränderungen, die die Kanzlerschaft Gerhard Schröders mit sich brachte, gehört sein Politikstil. Der Sozialdemokrat hat mit den in der Politik sonst üblichen Regierungsmethoden gründlich gebrochen. Schröder scheut sich nicht davor, zur Durchsetzung seiner Ziele mit dem Recht in mehr als fragwürdiger Weise umzugehen. Kanzler Schröder kommt es einzig und allein auf den Erfolg an, mit welchen Mitteln ein Ziel erreicht wird, ist offensichtlich zweitrangig.

Schon einmal hat er sich eine Mehrheit im Bundesrat regelrecht erkaufte, wobei er damals die finanzielle Notlage Berlins geschickt für sich zu nutzen wusste. Dieser Vorgang hat sich jetzt wiederholt und dabei kam es zu einer kaum mehr für möglich gehaltenen Verschärfung. Ging es Schröder damals allein ums Geld, war er sich diesmal nicht einmal zu schade, einen Bruch des Verfassungsrechtes in Kauf zu nehmen. Unverfrorene Schützenhilfe leistete ihm dabei Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit. Die Sache war geschickt eingefädelt und mehr als gut vorbereitet, denn plötzlich gab es innerhalb der Sozialdemokratie eine einheitliche Sprachregelung. Im Grundgesetz ist klar die Abstimmungslage in der zweiten Kammer geregelt: Können sich Länder

BR-Kommentar

in Bezug auf ihr Abstimmungsverhalten nicht einigen, so müssen diese Stimmen als Enthaltung gewertet werden.

Das wird bei der Bildung von großen Koalitionen regelmäßig in Vertragsform festgeschrieben, so auch in Brandenburg. Am Tage der Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz war klar, dass Brandenburg kein gemeinsames Votum abgeben würde. Trotzdem tat Wowereit als Präsident des Bundesrates so, als sei alles unklar. Er fragte so lange, bis Innenminister Schönbohm überdrüssig wurde, sich laufend zu wiederholen. Dann deutete Wowereit die von Ministerpräsident Stolpe verkündete sozialdemokratische Version zu einer gesamtbrandenburgischen um. Damit leistete sich der Berliner Wowereit ein bisher einmaliges Stück in der Geschichte des Bundesrates. Dabei sollte allerdings nicht aus den Augen verloren werden, dass Bundeskanzler Schröder dirigierend die Fäden in der Hand hielt. Dieser unverantwortliche, rechtsbeugende Politikstil Schröders kann nur gestoppt werden, wenn entweder wenigstens der sozialdemokratische Bundespräsident Rau der Verfassung Treue wahr oder das Bundesverfassungsgericht endlich für Ordnung sorgt. Da, wie bereits erwähnt, Gerhard Schröder keine Hemmungen zu haben scheint, mit der Verfassung nach Gutdünken, sprich „nach Gutsherrenart“ zu verfahren, sind derartige Ausfälle immer wieder möglich. Dessen sollte sich der Wähler immer bewusst sein. Schließlich ist die Verfassung das Fundament der Demokratie. W. T.

**WWW.
BERLINER RUNDSCHAU
.DE**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SATZ UND VERLAG
Berliner Presse- und Informationsdienste Verlags- und
Werbegesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 · 10179 Berlin
Telefon: 030/20 64 16 0 · Telefax: 030/20 64 16 66

CHEFREDAKTEUR
Winfried Tromp

CHEF VOM DIENST
Bernhard Müller-Schoenau

LANDESPOLITIK
Matthias Wambach

LAYOUT UND DESIGN
Nikolas Westphal

REDAKTIONSASSISTENZ
Barbara Ettl

ANZEIGEN
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto-Nr.: 107 117 400 · BLZ 100 700 00

DRUCK UND BELICHTUNG
Union Druckerei Berlin GmbH
Storkower Str. 127 a · 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung
übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

SERIE „DIREKTKANDIDATEN FÜR DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG“

Siegfried Helias - Direktkandidat der CDU in Charlottenburg-Wilmersdorf

Bei Siegfried Helias, Jahrgang 1943, verheiratet und Vater einer erwachsenen Tochter, gehören berufliche Aktivitäten, politischer Einsatz für Berlin und soziales Engagement seit jeher eng zusammen – als selbständiger Friseurmeister, als Bundestagsabgeordneter und als Vorsitzender der gemeinnützigen Initiative „Kinder in Gefahr e.V.“

Im Deutschen Bundestag vertritt er als erster Berliner Handwerksmeister und als einziger deutscher Friseurmeister offensiv die Belange des Mittelstandes. Als Abgeordneter ist er Ansprechpartner für mittelständische Unternehmen und weist die derzeitige Regierung mit parlamentarischen Anfragen und Initiativen immer wieder auf ihre Mittelstands-Verantwortung hin.

Bereits im Abgeordnetenhaus von Berlin, dem er von 1985 bis 1998 angehörte, hat er politische Verantwortung übernommen. Als Abgeordneter im jetzigen Bundestag ist er Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehören der Mittelmeerraum, der Nahe Osten und die europäischen Entwicklungsländer. Hier engagiert er sich in besonderem Maße für die Bekämpfung von Kinderarbeit, für die Lösung der Flüchtlingsproblematik und für den Aufbau von Demokratie. Gerade die Folgen der Globalisierung und der Regionalisierung führen zu immer engeren Verflechtungen unterschiedlichster Regionen – eine Entwicklung, die auch Europa stark beeinflusst. Deshalb kommt der Entwicklungspolitik eine besondere Bedeutung zu.

Darüber hinaus sorgt Helias als Mitglied der Personalkommission des Deutschen Bundestages dafür, dass die Interessen und Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlaments ausreichend berücksichtigt werden.

Seit 1998 im Deutschen Bundestag, bewirbt sich Helias diesmal als Direktkandidat für den Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf. Die Landesvertreterversammlung der Berliner CDU hat ihn zudem auf Platz 5 der Landesliste gewählt.

Gemeinsam mit den anderen Berliner Bundestagsab-

den Legislaturperiode in seinem Wahlprogramm unter drei Leitlinien gestellt:

Eine attraktive City-West

Arbeiten, Leben, Wohnen in der Berliner City-West – das heißt zukunftsorientierte Arbeitsplätze sichern und schaffen, den Kultur- und Wissenschaftsstandort ausbauen und die Lebensqualität verbessern. Deshalb fordert Helias die Sicherung der BfA Bundesversicherungsanstalt für Angestellte am Standort Berlin, die mit 16 000 Arbeitsplätzen der größte Arbeitgeber der Hauptstadt ist. Weitere Ziele sind die Verlängerung des Hauptstadtkulturvertrages über das Jahr 2004 hinaus und die Novellierung des angestauten Ladenschlussgesetzes.

Dialog der Kulturen

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Treffpunkt von Menschen aus vielen Regionen der Welt, aus unterschiedlichsten Kulturen und Religionen. Damit besteht hier die große Chance, durch Verständnis und Toleranz zu gegenseitigem Verstehen und Akzeptanz beizutragen, ohne dabei in „multikulturelle“ Beliebigkeit abzugleiten.

Gemeinschaft der Generationen

Zu einer Gemeinschaft der Generationen gehören altersunabhängige Begegnungsangebote, bei denen die Generationen voneinander profitieren können.

In jedem Fall hat sich Siegfried Helias eines vorgenommen: Den zweimal von Dietrich Mahlo gewonnenen und 1998 verlorenen Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf für die CDU direkt zurück zu erobern.



Schwarz bringt Glück. Siegfried Helias engagiert sich ehrenamtlich für die Aktion „Kinder in Gefahr“

geordneten will er sich besonders dafür einsetzen, dass Berlin im gesamtdeutschen Interesse in seinen Hauptstadtfunktionen gestärkt wird.

Für seinen Wahlkreis hat Helias die Ziele der kommen-

PETER RZEPKA:

Schattenwirtschaft wächst schneller als Gesamtwirtschaft

Rund 336 Milliarden Euro, circa 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, wurden 2001 in Deutschland nach Feststellung des Statistischen Bundesamtes und des IW in Köln mit Schwarzarbeit umgesetzt. Auch 2002 wird die Schattenwirtschaft in Deutschland schneller wachsen als die Gesamtwirtschaft, prognostizieren der in Linz lehrende Ökonom Friedrich Schneider und das Tübinger Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW). Sie erwarten bei der Schattenwirtschaft ein Plus von 3,5 Prozent. Dagegen liegen fast alle Wachstumsprognosen für das Bruttoinlandsprodukt unter einem Prozent. Die Schattenwirtschaft wächst demnach dreimal schneller als die legale Wirtschaft, das bedeutet, Schwarzarbeit wird gemessen am Bruttoinlandsprodukt bei 16,5 Prozent liegen – ein trauriger Rekord. Anders ausgedrückt, jeder sechste Euro wird an den Steuer- und Sozialkassen vorbei umgesetzt.

Die Schwarzarbeit auf dem Bau hat in der Region Berlin-Brandenburg eine neue Dimension erreicht. Im gesamten Baugewerbe der Region erreichte die Schattenwirtschaft einen Umfang von 3,4 Milliarden Euro. Waren im Dezember 2001 in der Region 43.000 Bauarbeiter arbeitslos gemeldet, waren demgegenüber weit mehr als „Vollzeitschwarzarbeiter“ tätig gewesen. Auch in der Berliner Gastronomie empfangen nach Schätzungen fast ein Drittel aller Arbeitenden ihren Lohn oder zumindest Teile davon schwarz.

Angesichts dieser erschreckenden Zahlen unterstützen viele Wirtschafts- und Arbeitsmarktexperten die Pläne der Union für ein einfacheres Steuersystem mit niedrigeren Sätzen und weniger Ausnahmen sowie für eine Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge. Das Steuer- und Abgabensystem muss dafür sorgen, dass sich Leistung wirklich lohnt. Dann nimmt auch die Flucht in die Schwarzarbeit ab.

Bei dieser notwendigen Modernisierung unseres Steuer- und Abgabensystems hat die rot-grüne Bundesregierung versagt. Das selbst gesetzte Ziel einer Absenkung der Summe der Beitragssätze zur Sozialversicherung und damit der gesetzlichen Lohnnebenkosten bis zum Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode auf unter 40 Prozent des Bruttolohns der abhängig Beschäftigten wird nicht zu erreichen sein. Die Lohnnebenkosten werden stattdessen im Jahr 2002 etwa 41,3 Prozent betragen.

Die Unionsparteien haben unter den veränderten Bedingungen neue Konzepte für mehr Wachstum und Beschäftigung entwickelt. Es geht darum, bürokratische Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt abzubauen und die maximale Belastung aller Bürger und Unternehmen mit Steuern und Abgaben auf weniger als die Hälfte der Einkünfte beziehungsweise Erträge zu senken.

WAHLKREIS MITTE

Liepelt neuer Kandidat

Mit überwältigender Mehrheit wurde vor Ostern Volker Liepelt als Direktkandidat für den Wahlkreis Berlin-Mitte gewählt. Der bisherige Bewerber, Eberhard Diepgen, hatte nach seinem Rücktritt vom Amt des CDU-Landesvorsitzenden auf seine Kandidatur für den Deutschen



Bundestag verzichtet. Volker Liepelt, ehemaliger Wirtschaftsstaatssekretär und langjähriger parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, gilt als kiezverbundener Politiker und ist zuversichtlich, den City-Wahlkreis am 22. September direkt für die Union zu gewinnen.

FREIWILLIGER POLIZEIDIENST

Einstellung rechtswidrig

Das Gesetz zum Freiwilligen Polizeidienst in Berlin sei nur durch das Abgeordnetenhaus aufzuheben, erklärte der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Roland Gewalt. „Innensenator Körting hat den Freiwilligen Polizeidienst nach Hause geschickt, ohne vorher das FPD-Gesetz durch das Abgeordnetenhaus aufgehoben zu haben. Der FPD kann aber ohne ein Aufhebungsgesetz des Abgeordnetenhauses nicht einfach abgewickelt werden. Das Argument, man könne nicht mehr die Aufwandsentschädigung von vier Euro pro Stunde aufbringen, ist geradezu grotesk. Jeder eingesetzte FPD-Mitarbeiter erzielt mehr als das Doppelte an Verwarngungs- und Bußgeldern für den Landeshaushalt. Hinzu kommt, dass entstandene Lücken im Streifendienst nun durch wesentlich teurere Beamte der Schutzpolizei geschlossen werden müssen.“